

das Tempo des Produktivitätsfortschritts in der Industrie spürbar beschleunigt, zum Teil ging dies einher mit steigenden Frühpensionierungen.

Die Phase der Verkürzung der Wochenarbeitszeit wich einer Phase der Verkürzung der Lebensarbeitszeit, die von der verstaatlichten Industrie ausgehend die gesamte Wirtschaft und auch den öffentlichen Sektor erfaßte. Die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen werden den Prozeß der Frühpensionierungen längerfristig weitgehend stoppen und damit aber auch ein Ventil beseitigen, durch das Arbeitsmarktprobleme abgeleitet wurden.

Die Vorstellung, daß sich der Arbeitsmarkt von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt hätte, gründet sich im wesentlichen darauf, daß die Arbeitslosigkeit auch in wirtschaftlichen Aufschwungsphasen kaum zurückgeht. Die Beziehung zwischen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung ist zwar nach wie vor relativ eng. Tatsächlich hat sich jedoch der Zusammenhang zwischen Beschäftigungssteigerung und Rückgang der Arbeitslosigkeit gelockert. Eine Zunahme der Beschäftigung im Konjunkturaufschwung ist in der Regel auch mit einer kräftigen Ausweitung des Arbeitsangebots verbunden, so daß die Arbeitslosigkeit nur wenig zurückgeht.

Die Ausweitung des Arbeitsangebots – das Angebot an Erwerbspersonen in Österreich erhöhte sich in den letzten 15 Jahren trotz massiver Frühpensionierungen um gut 1% pro Jahr – hängt zur Hälfte mit dem steigenden Angebot an ausländischen Arbeitskräften zusammen, insbesondere von bereits im Inland ansässigen Ausländern (nach Familienzusammenführung). Ein weiterer wichtiger Grund für die langfristige Ausweitung des Arbeitsangebots ist die von einem relativ niedrigen Niveau aus steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird somit nicht durch immer rascheren gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt erschwert, sondern durch das niedrigere langfristige Wirtschaftswachstum und den hohen Zuwachs des Arbeitsangebots. Die Prognosen des Wirtschaftswachstums lassen nicht darauf schließen, daß dieses alleine ausreichen wird, um bei gegebenen Rahmenbedingungen die Arbeitslosigkeit dauerhaft auf Vollbeschäftigungsniveau zu senken. Ausgehend von der prognostizierten weiteren Zunahme des Arbeitsangebots (weniger Frühpensionierungen, höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen), stehen also grundsätzlich drei Strategien zur Bewältigung des Arbeitslosenproblems zur Verfügung: Steigerung der Wachstumsrate, Steigerung der Arbeitsintensität und Neuverteilung der Arbeit. Aufgabe der Wirtschaftspolitik wird es daher sein, jene policy-Kombination zu finden, die mittels Verbesserung der Standortqualität und der Wettbewerbsfähigkeit zur Erreichung eines höheren Wirtschaftswachstums einerseits und einer neuen Regulierung des Arbeitsmarktes andererseits eine positive Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt erlaubt.

2. Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftsbereichen

Die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Die Beschäftigung, die seit dem Sommer 1995 saisonbereinigt in steigendem Tempo gefallen war, hat sich im Frühjahr 1996 zwar stabilisiert und auch der Anstieg

der Arbeitslosigkeit hat sich verlangsamt. Dennoch bleibt das grundsätzliche Entwicklungsmuster am heimischen Arbeitsmarkt – charakterisiert durch im Vorjahresvergleich merklich steigende Arbeitslosigkeit bei spürbaren gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsverlusten – weiterhin aufrecht. Im Durchschnitt 1996 lag die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdienler und Karenzurlauberrinnen) um 16.500 niedriger als im Vorjahr; die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen erhöhte sich gleichzeitig um rund 15.000. Nach Wirtschaftsbereichen ist die Beschäftigung in fast allen Sparten der Sachgüterproduktion merklich gesunken. Die relativ stärksten Beschäftigungsverluste waren in den Bereichen Textil, Bekleidung, Leder sowie – zum Teil auch witterungsbedingt – am Bau und in bauverwandten Wirtschaftsbereichen zu verzeichnen. Die Beschäftigungsverluste erfassen dabei aber nicht nur die Sachgüterproduktion; auch in vielen Dienstleistungsbereichen begrenzen Rationalisierungsbemühungen und Sparanstrengungen die Beschäftigungsmöglichkeiten, so daß der Dienstleistungssektor insgesamt seiner traditionell beschäftigungsaufnehmenden Funktion nicht mehr so wie früher nachkommt. Beschäftigungsausweitungen im Gesundheitswesen, dem Unterrichtswesen, den unternehmensnahen Dienstleistungen und den sonstigen Dienstleistungen stand allerdings ein Beschäftigungsabbau im Verkehr, der Nachrichtentübermittlung, im Handel und im Geld- und Versicherungswesen entgegen; leicht rückläufig war auch die Beschäftigungszahl im Tourismus sowie in der öffentlichen Verwaltung.

Tabelle 1

Beschäftigungsentwicklung im Jahr 1996

Wirtschaftsbereich	Veränderung der Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr	
	In Personen	In %
Land- und Forstwirtschaft	- 168	- 0,6
Energie	- 512	- 1,6
Bergbau	- 39	- 0,3
Sachgütererzeugung	- 19.067	- 3,0
Nahrungsmittel	- 2.306	- 2,8
Textil	- 1.538	- 6,6
Bekleidung	- 2.336	- 11,4
Leder	- 543	- 6,2
Holz(-verarbeitung)	- 3.138	- 3,6
Papier(-verarbeitung)	- 578	- 3,1
Druck, Verlag	- 999	- 3,2
Chemie	- 1.396	- 2,4
Steine, Glas	- 3.198	- 9,4
Metall	- 3.035	- 1,1
Bau	- 3.423	- 1,3
Handel	- 1.522	- 0,3
Beherbergung, Gaststätten	+ 259	+ 0,2
Verkehr, Nachrichten	- 4.154	- 1,8
Geld, Kredit, Versicherung	- 1.678	- 1,5
Rechts- Wirtschaftsdienste	+ 7.324	+ 4,0
Unterrichtswesen	+ 1.429	+ 1,2
Gesundheit, Soziales	+ 4.982	+ 3,8
Öffentliche Verwaltung	- 2.082	- 0,4
Sonstige Dienstleistungen	+ 2.141	+ 1,7
Alle Wirtschaftsbereiche	- 16.510	- 0,6

Die Arbeitsmarktprognose zeichnet daher weiterhin kein günstiges Bild der Arbeitsmarktentwicklung. Sowohl gesamtwirtschaftliche wie auch sektorale Produktivitätsentwicklung lassen erwarten, daß sich der Beschäftigungsabbau im weiteren Jahresverlauf zwar abschwächen könnte, aber insgesamt bis weit ins Jahr 1997 andauern wird. Die Arbeitslosenquote erreichte 1996 die 7%-Marke (nach nationaler Definition) und dürfte heuer weiter auf etwa 7½% ansteigen. Nach EU-Definition entspricht dies Werten von 4,1% (1996) und 4,2% (1997). Wenngleich die Arbeitslosigkeit in Österreich daher im internationalen Vergleich relativ günstig liegt, besteht dennoch auch in Österreich Handlungsbedarf.

3. Die zyklische Sensitivität der Arbeitsmarktentwicklung

Österreich konnte im letzten Konjunkturzyklus einen hohen Beschäftigungszuwachs verzeichnen (+238.502 im Zeitraum 1986-1994). Dennoch muß auch in Österreich eine spezifische konjunkturelle Reagibilität der Arbeitslosigkeit festgestellt werden. Diese kann – in einem mechanischen Sinn – auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückgeführt werden: das Ausmaß der zyklischen Schwankungen der Produktion, die Reaktion der Beschäftigungsnachfrage auf Output-Schwankungen und, nicht zuletzt, die zyklische Variabilität des Arbeitskräfteangebots. Schließlich wirkt auch die konjunkturelle Reagibilität der Reallöhne dämpfend auf die Schwankungen von Produktion und Beschäftigung.

Hinsichtlich der Intensität zyklischer Output-Schwankungen findet sich Österreich im unteren Mittelfeld der OECD-Länder, in etwa gleichauf mit Deutschland und den Niederlanden. In Österreich schlagen sich indes konjunkturelle Produktionsschwankungen kurzfristig im Schnitt nur zu etwa einem Drittel in Änderungen der Beschäftigungsnachfrage nieder; Österreich zählt damit zu den Ländern mit relativ stark ausgeprägten prozyklischen Produktivitätsschwankungen. Dieser Umstand ist indes nicht unmittelbar mit dem Phänomen der Arbeitskräftehortung im Konjunkturabschwung, Kurzarbeit und sonstigen Arbeitszeitreaktionen gleichzusetzen; die relativ hohe Flexibilität der Reallöhne im allgemeinen und die weniger konjunkturanfällige Beschäftigungsexpansion in den privaten und öffentlichen Dienstleistungen im speziellen haben ebenfalls in beträchtlichem Maße zur zyklischen Stabilisierung der Beschäftigung beigetragen.

Das bemerkenswerteste Ergebnis ist aber zweifellos, daß Österreich (gemeinsam mit der Schweiz) von allen OECD-Ländern die höchste Reagibilität des Arbeitskräfteangebots auf zyklische Beschäftigungsschwankungen aufweist. Das hohe Ausmaß prozyklischer Arbeitskräfteangebotsreaktionen dämpft damit im Konjunkturabschwung den Anstieg der Arbeitslosigkeit, allerdings kommt es aber auch im Konjunkturaufschwung zu keinem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Die überaus stark ausgeprägten zyklischen Schwankungen des Arbeitskräfteangebots bewirken in konjunkturell schlechten Zeiten eine zumindest temporäre Entlastung bei der Arbeitslosigkeit; langfristig gesehen geht von derart-